

# Zur dliakl&rwakl

## Die örtlichen Volksvertretungen wählen unsere Richter

Am 15. Oktober 1960 wurden zum ersten Male in der Geschichte Deutschlands Richter durch die Vertreter des Volkes gewählt. Die Abgeordneten des Kreistags Wolmirstedt Waren die ersten, welche die Richter-kandidaten in das hohe und verantwortungsvolle Amt eines Richters beriefen. Seit dem 15. Oktober haben zahlreiche Kreistage und einige Bezirkstage die Richter der Kreis- bzw. Bezirksgerichte in würdigen Fest-sitzungen gewählt. Bis zum 18. November waren in den Bezirken Gera, Halle, Erfurt und Leipzig die Wahlen in allen Kreisen und durch den Bezirkstag bereits durchgeführt.

**Gera** Als erster Bezirk der DDR hat der Bezirk Gera bereits am 11. November die Richterwahl 1960 abgeschlossen. Zu diesem bedeutsamen Ereignis übersandte der Minister der Justiz, Dr. Hilde Benja-min, dem Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Gera, Genossen We t t e n g e l, folgendes Telegramm:

„Mit der Wahl der Richter durch den Bezirkstag hat Gera als erster Bezirk die Richterwahl 1960 abschließen können. Aus diesem Anlaß übersende ich dem Bezirkstag und den gewählten Richtern die besten Glückwünsche.

Mit der Wahl wird eine neue Etappe der Zusammen-arbeit zwischen den örtlichen Volksvertretungen und den Justizorganen eingeleitet. Ich verbinde meine Glückwünsche mit den besten Wünschen für weitere Erfolge in der Arbeit und im Kampf für die Sicherung des Friedens und den Sieg des Sozialismus.“

Im Bezirkstag sprach der Vorsitzende des Bezirks-vorstandes der NDPD, Abgeordneter Dum l t e, über die aktive Mitarbeit der Angehörigen des Mittelstandes bei der Vorbereitung der Richterwahl. Er berichtete z. B., daß sich die Richterkandidaten in Jena 220 Angehörigen der PGH Maler und 40 Mitgliedern der PGH Schrift und Raum vorgestellt hätten. In der PGH Haar-Kosmetik hätten mit 89 und in der ELG-Bekleidung mit 60 Teilnehmern Aussprachen stattgefunden. „Solche Vorstellungen“, erklärte der Vorsitzende des Bezirks-vorstandes der NDPD, „trugen mit dazu bei, das Ver-trauen des Mittelstandes zu unserem Staat und seinen Einrichtungen zu vertiefen. Viele Mittelständler er-kannten, daß die DDR auch ihr Staat ist und unsere Justiz ihre berechtigten Interessen sichert und auch den Mittelstand vor seinen alten Verderbern, den Monopol-und Bankherreri, schützt.“ Im Namen des Mittelstandes des Bezirkes gab der Abgeordnete Dumke den Richter-kandidaten die Zustimmung.

**Leipzig** Nachdem sich in den vergangen Wochen die Richter des Bezirkes der Bevölkerung in 724 Versammlungen vorgestellt hatten und die Rich-ter der Kreisgerichte bereits durch die Volksvertretungen gewählt worden sind, hat nunmehr auch der Be-zirkstag Leipzig die Richter des Bezirksgerichts gewählt. Das Referat des Mitglieds des Staatsrates der DDR und Vorsitzenden des Rates des Bezirkes, Erich Grützn er, machte den Volksvertretern und zahl-reichen Gästen den neuen, sozialistischen Inhalt unse-erer Gesetzlichkeit deutlich. Unsere Richter, die vorn Vertrauen des ganzen Volkes getragen sind, bieten die Gewähr dafür, daß unsere sozialistische Gesetzlichkeit strikt eingehalten wird.

**Rostock** Anerkennend sprachen sich britische Parla-mentarier über die Richterwahl in unserer Republik aus. Sie nahmen an der Stadtverordneten-versammlung in Rostock teil, auf der sich die Richter

des Kreisgerichts vorstellten. Die britischen Abgeord-neten bestätigten den wahrhaft demokratischen Cha-akter der Richterwahl.

In seiner Programatischen Erklärung vor der Volkskammer am 4. Oktober sagte der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht:

„Die offene, freimütige Aussprache der Abgeordneten der Volkskammer und der örtlichen Volksvertretungen, der Mitarbeiter des Staatsapparates. . . mit den Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik über die Grundfragen unserer Politik und ihre Ver-wirklichung in den Betrieben, Städten und Gemein-den ist bei uns bereits zu einer selbstverständlichen Praxis geworden.“

Diese Feststellung wird durch die Richterwahl er-neut bestätigt. In den Monaten September und Oktober fanden 6792 Wahlveranstaltungen statt, an denen 438 963 Bürger teilnahmen. Diese Zahlen sind ein anschauliches Beispiel für die große Aussprache, welche die Justizfunktionäre im Verlauf der Wahlbewegung mit unserer Bevölkerung über Grundfragen unserer Politik, über die Aufgaben im Kampf um die Erhaltung des Friedens, über Siebenjahrplan und Deutschlandplan des Volkes, über die Lösung der ökonomischen Haupt-aufgabe führten.

In allen diesen Aussprachen und Vorstellungen der Richter-kandidaten kam immer wieder die enge Ver-bundenheit zwischen den Werktätigen und unseren Richtern zum Ausdruck. Ein eindrucksvoller Beweis dafür sind die Verpflichtungen der Werktätigen zur Überbietung ihrer Produktionspläne oder zu anderen gesellschaftlichen Leistungen.

So verpflichtete sich beispielsweise die Brigade „Vor-wärts“ in den Halleschen Dampfkesselwerken zu Ehren der Richterwahl, bis zum 20. Oktober 1960 eine be-stimmte Anzahl von Rohren fertigzustellen und damit vier Tage Planvorsprung zu erzielen. In der LPG Typ I „Einigkeit“ in Plößnitz wurde die Vorstellung eines Richters mit der Vorbereitung des VI. Deutschen Bau-errakongresses verbunden. Dabei übernahmen die Mit-glieder die Verpflichtung, trotz erheblicher Schwierig-keiten ihr Milchsohl auf alle Fälle zu erfüllen und die Zuführungen zum Kulturfonds um 1 Prozent zu erhö-hen. Einwohner des Wahlkreises 17 in Halle-Süd ver-pflichteten sich in der Kandidatenvorstellung zu weite-ren Aufbaustunden im Nationalen Aufbauwerk.

Weitgespannt ist das Band der Verpflichtungen, in denen das hohe sozialistische Bewußtsein unserer Werk-tätigen zum Ausdruck kommt; dies zeigt sich beispie-lsweise darin, daß sich Jugendliche in einer Wahlver-anstaltung zum Eintritt in die Nationale Volksarmee be-reit erklärten. Wieviel Vertrauen die Werktätigen in unsere Richter setzen, spiegelt sich in der Aufforderung der Werktätigen des VEB Chemische Reinigung Ammen-dorf an die sich dort vorstellenden Richter wider, Mit-glieder einer Jugendbrigade des Betriebes zu werden und den Jugendlichen dabei zu helfen, den Titel einer sozialistischen Brigade zu erringen.

Die Richterwahl zeigt deutlich, daß die Deutsche Demokratische Republik der rechtmäßige deutsche Staat ist, der Staat des Rechts, der Gesetzlichkeit und der Gerechtigkeit — ein Staat, in dem eine wahrhaft demokratische Justiz geschaffen wurde, deren Recht-sprechung ' der Erhaltung des Friedens, dem Sieg des Sozialismus und der friedlichen und demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands dient.